

Thomas Url

## Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft

**Die Berichterstattung des WIFO über die private Versicherungswirtschaft 2002 erfolgt wegen der Umstellung der Datenerhebung durch die Finanzmarktaufsicht in reduziertem Umfang. Die Lebensversicherung war 2002 vom Kursrückgang an allen internationalen Börsen negativ beeinflusst. Dementsprechend fragten private Haushalte vor allem weniger Kapitalversicherungen nach. Die Kranken- und die Schaden-Unfallversicherung steigerten durch Preiserhöhungen ihre Prämieinnahmen. Insgesamt waren Versicherungsprodukte für etwa 10% des allgemeinen Preisauftriebs verantwortlich.**

Begutachtung: Josef Baumgartner • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauningner • E-Mail-Adressen: [Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at), [Ursula.Glauningner@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauningner@wifo.ac.at)

Die Berichterstattung über den Geschäftsverlauf der österreichischen Versicherungswirtschaft im Jahr 2002 ist durch die Umstellung des elektronischen Datenerhebungsverfahrens der Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) beeinträchtigt und erfolgt hier in reduziertem Umfang. Die Einrichtung einer neuen Software bewirkt im ersten Jahr eine Verzögerung der Datenübermittlung an die FMA. Im Folgenden wird daher auf Daten des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs und der Oesterreichischen Nationalbank zurückgegriffen. Mit Hilfe dieser Werte wird eine eingeschränkte Prognose der üblicherweise in den WIFO-Monatsberichten veröffentlichten FMA-Daten erstellt. Die in den Übersichten ausgewiesenen Werte werden erst in einem Jahr im Bericht über die Versicherungswirtschaft 2003 mit den dann zur Verfügung stehenden endgültigen Werten der FMA abgestimmt.

Der Geschäftsverlauf der Versicherungswirtschaft war 2002 durch das niedrige nominelle Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,3% geprägt. Mit einem Anstieg der abgegrenzten Prämien von voraussichtlich 2,5% entwickelte sich das Umsatzvolumen auch im Einklang mit dem nominellen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (+2,7%). Der geringfügige Rückgang der Versicherungsdurchdringung ist auf den Unterschied zwischen den Wachstumsraten der abgegrenzten bzw. der direkten inländischen verrechneten Prämien zurückzuführen. Die direkten verrechneten Prämien nahmen vermutlich wegen des Auslandsgeschäfts und der Änderungen der Rückversicherungspolitik um nur 1,9% zu (Übersicht 1).

Die mittelfristige Verlagerung des Geschäftsschwerpunktes zur Lebensversicherung wurde 2002 unterbrochen. Die Verteilung der Prämieinnahmen auf die drei Versicherungsabteilungen spiegelt den überdurchschnittlichen Einnahmewachstum in der Schaden-Unfall- und in der Krankenversicherung wider. Dem stand eine Verringerung der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung gegenüber.

Für 2003 erwartet der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eine ähnliche Strukturverschiebung. Während die Lebensversicherung mit +0,7% weiterhin verhalten expandieren wird, werden die Krankenversicherung mit +3,9% und die Schaden-Unfallversicherung mit +5% (Prognose vom September 2003) wieder überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen. Dadurch sollte 2003 die traditionell dominierende Rolle der Sachversicherung weiter gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der niedrigen Prognosen des WIFO für das nominelle Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,6% im Jahr 2003 erwartet der Verband damit einen Wiederanstieg der Versicherungsdurchdringung.

*Die Zunahme der Prämieinnahmen steht im Einklang mit der nominellen Einkommensentwicklung.*

*Die traditionell dominierende Schaden-Unfallversicherung gewinnt wieder an Bedeutung.*

*Für 2003 wird eine leichte Erhöhung der Versicherungsdurchdringung erwartet.*

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung <sup>1)</sup>
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
1998	11.560	35,5	9,6	54,8	5,3
1999	12.420	38,6	9,1	52,3	5,5
2000	13.254	40,7	8,8	50,6	5,6
2001	13.975	41,4	8,7	49,9	5,8
2002 <sup>2)</sup>	14.330	39,6	8,8	51,6	5,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – 1) Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien. – 2) Prognose.

Der internationale Versicherungsmarkt war ebenfalls von einer Umschichtung zur Nichtlebensversicherung geprägt.

Das internationale Umfeld bietet ein ähnliches Bild der Geschäftslage. Während 2001 der Lebensversicherungsmarkt in den Industrieländern um 2,7% schrumpfte, nahm der Nichtlebensbereich um 5% zu (Swiss Re, 2002). In der Lebensversicherung wird dafür – neben dem auf Dollarbasis rückläufigen nominellen Einkommen (2001: –1,5%) – der Rückgang der Aktienkurse verantwortlich gemacht. Die Kurskorrektur verursachte in allen Industrieländern eine deutliche Dämpfung der Einmalrträge, die durch die Zunahme der Prämieinnahmen für langfristige Altersvorsorgeprodukte nicht wettgemacht wurde. Die Nichtlebensversicherung profitierte 2001 weltweit von einem Anstieg der Prämien. Die hohen Schadenquoten und Verluste in der Kapitalveranlagung zogen eine Verknappung des Rückversicherungsangebotes nach sich. Dadurch verminderte sich auch die Zeichnungsfähigkeit der Erstversicherer. Da 2002 ein ähnliches Umfeld bestand, kann diese Entwicklung fortgeschrieben werden. Die dramatische Situation wird an der Kapitalnachfrage der größten europäischen Versicherungsunternehmen deutlich: Zwischen März 2002 und März 2003 wurden insgesamt 9,3 Mrd. € in Form von Anleihen und Aktienemissionen aufgenommen (Financial Times, 21. März 2003). Ein ähnliches Bild zeichnet die laufende Rückstufung von Rückversicherungsunternehmen in internationalen Ratings. Mittlerweile ist nur mehr ein Rückversicherer mit einem AAA-Rating von Standard & Poors – der höchsten Bonitätseinstufung – ausgestattet (Handelsblatt, 29.-30. August 2003). Dadurch steigen die Kapitalbeschaffungskosten der Rückversicherer.

Die Schwellenländer und besonders die Region Ost-Mitteuropa zeichnen sich durch überdurchschnittliches Prämienwachstum aus.

In den Schwellenländern entwickelte sich die Versicherungswirtschaft 2001 wesentlich günstiger. In allen Bereichen wurden die Prämieinnahmen um mehr als 8% gesteigert (Swiss Re, 2002). In Ost-Mitteuropa übertraf die Dynamik den Durchschnitt der Schwellenländer. Mit einer Prämienzunahme um knapp 25% in der Lebensversicherung und um 10% in der Nichtlebensversicherung ist dieser Markt besonders interessant. Die Attraktivität wird durch den bevorstehenden EU-Beitritt einiger Länder verstärkt.

In Ost-Mitteuropa aktive österreichische Versicherungsunternehmen nehmen bereits knapp ein Fünftel ihrer Prämien in dieser Region ein.

Die österreichischen Versicherungsunternehmen nutzten in den vergangenen Jahren ihre gute Ausgangsposition im Osten: Sechs österreichische Versicherer sind in Ost-Mitteuropa in nennenswertem Umfang aktiv. Sie nahmen im Jahr 2002 etwa 1,7 Mrd. € an Bruttoprämien aus dem Raum Ost-Mitteuropa ein und erzielten damit etwa 18% ihres Konzernumsatzes in dieser Region. Swiss Re (2002) gibt das Marktvolumen für die Länder Ost-Mitteuropas, in denen die österreichischen Versicherer aktiv sind, mit insgesamt 13,4 Mrd. € (2001) an. Gemäß einer Hochrechnung der Prämieinnahmen österreichischer Versicherer in Ost-Mitteuropa für das Jahr 2001 hielten sie gemeinsam einen Marktanteil von etwa 9%.

### Preise der Versicherungsprodukte steigen überdurchschnittlich

Weiterhin hohe Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und die Sanierung des Kfz-Versicherungsgeschäftes bewirkten auch 2002 eine überdurchschnittliche Preisentwicklung der Versicherungsprodukte. Gegenüber 2001 stieg der Beitrag der Privatversicherungsformen zum Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) um mehr als die Hälfte (Übersicht 2). Damit verursachten Versicherungsprodukte 2002 knapp 10% des allgemeinen Preisauftriebs. Die Werte der Teilindizes für Versicherungsprodukte im VPI zeigen bis zur Jahresmitte 2003, dass sich der Preisauftrieb weiter leicht beschleunigt. Versicherungsprodukte dürften auch 2003 etwa 10% zur allgemeinen

Geldentwertung beitragen. Die bekannten Messprobleme im Verbraucherpreisindex (Lebow – Rudd, 2003) werden für Versicherungsprodukte durch nachträgliche Bonuszahlungen und Refundierungen verstärkt. Die tatsächliche Belastung der Konsumenten wird durch den VPI tendenziell überhöht dargestellt.

### Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

1996 und 2000

	Gewicht im Warenkorb bis 2000	Gewicht im Warenkorb ab 2001 In %	1998	1999	2000	2001	2002	2003 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Tarifprämien für								
Hausratsversicherung	0,653	0,650	+ 0,8	+ 1,0	+ 4,5	- 4,2	+ 2,5	+ 1,4
Bündelversicherung für Eigenheim	0,452	0,337	+ 3,1	+ 1,7	- 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,0
Krankenzusatzversicherung	1,397	1,294	+ 0,1	+ 3,3	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,3	+ 4,0
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,091	1,150	+ 0,4	+ 1,7	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,1	+ 5,6
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,124	0,133	± 0,0	+ 0,4	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,9
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,473	0,352	- 20,7	- 11,9	+ 4,7	+ 7,5	+ 4,8	+ 2,1
Privatversicherungsformen insgesamt	4,190	3,914	- 1,7	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,8
Verbraucherpreisindex insgesamt			+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten			- 0,07	+ 0,02	+ 0,12	+ 0,09	+ 0,14	+ 0,15

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Jänner bis Juli.

Im Jahr 2002 verteuerten sich insbesondere die Kfz-Haftpflicht- und die Kfz-Teilkaskoversicherung. 2003 stehen die Kranken- und wieder die Kfz-Haftpflichtversicherungen im Zentrum von Prämienenerhöhungen.

Die Verteuerung von Kfz-Versicherungen ist eine Folge anhaltender Verluste in dieser Sparte. Viele bestehende Kfz-Haftpflichtverträge enthalten keine Prämienanpassungsklausel, sodass der Anstieg der Reparaturkosten bei Vertragsabschluss veranschlagt werden muss. Fehleinschätzungen akkumulieren sich über die Laufzeit der Verträge und verursachen damit eine Abweichung der erwarteten von der realisierten Schadenhöhe. Wenn die Angleichung der Prämienhöhe an eine unerwartete Steigerung der Schadenzahlungen vorwiegend über die Neuabschlüsse erfolgt, steigt die allgemeine Inflationsrate umso stärker. Die Versicherungsbranche strebt eine Möglichkeit zum nachträglichen Einbau einer jährlichen Preisanpassung in bestehende Kfz-Haftpflichtverträge an (Die Presse, 7. Juni 2003). Eine solche Regelung könnte den Preisauftrieb mildern, bedeutet aber einen erheblichen Eingriff in das private Vertragsrecht zuungunsten der Alt-Versicherten. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind Preisanpassungsklauseln ebenfalls bedenklich, weil damit Inflationsspiralen verstärkt werden und die Verschiebung relativer Preise durch den Marktwettbewerb behindert wird.

Ein alternativer Anlass zu Preiserhöhungen sind Schadenfälle. Im Jahr 2002 stieg die durchschnittliche abgegrenzte Prämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung gegenüber dem Vorjahr um 6,9% auf 278 € je Risiko. Diese Zunahme lag deutlich über der im VPI gemessenen Inflationsrate (Übersicht 2) und dürfte somit vor allem über Preisanpassungen im Bestand der Versicherer erfolgt sein. Gegenüber dem Jahr der Schaffung des Binnenmarktes 1994 ergibt sich mittlerweile eine Senkung der Durchschnittsprämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung um 51 €. In der Kfz-Kaskoversicherung stieg die Durchschnittsprämie 2002 um 12,4%, sodass ein Betrag von durchschnittlich 509 € gezahlt wurde. Dieser Durchschnittswert liegt um 46 € unter dem des Jahres 1994.

Der Binnenmarkteffekt in der Versicherungswirtschaft kann als Summe von Prämiennachlass und Verzicht auf die Weitergabe von Kostensteigerungen auf der Leistungsseite grob eingeschätzt werden. Da in der Lebens- und der Krankenversicherung der Zeitpunkt der Prämienzahlung stark vom Zeitpunkt der Leistung durch die Versicherung abweichen kann, ist eine Beurteilung von Binnenmarkteffekten mit diesem Verfahren nicht möglich. In der Sachversicherung spielt jedoch der Abstand zwischen Prämienzahlung und Leistung eine wesentlich geringere Rolle, sodass aus

Versicherungsprodukte trugen 2001 etwa 10% zur allgemeinen Geldentwertung bei. Insbesondere Kfz-Versicherungen wurden teurer.

Die Kfz-Versicherer erzielten 2002 auch im Bestand deutliche Prämiensteigerungen.

Binnenmarkteffekte brachten den Konsumenten in der Sachversicherung 2002 Einsparungen von annähernd 640 Mio. €.

dem Vergleich der Durchschnittsprämie mit der durchschnittlichen Leistung je Risiko eine gute Einschätzung erzielt werden kann.

Im gesamten Bereich der Kfz-Versicherung nahm die durchschnittliche Prämie zwischen 1994 und 2002 um 41 € ab. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Leistung je Risiko um 7 €. Insgesamt ergab sich somit 2002 eine positive Bilanz von 35 € je Risiko oder – umgelegt auf die 8,12 Mio. Risiken in der Kfz-Versicherung – von insgesamt 282 Mio. €. Dieser für Versicherte positive Einkommenseffekt wurde durch die Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer um durchschnittlich 77 € pro Jahr mehr als kompensiert – ein Wohlfahrtsverlust, wie ihn auch die Konsumenten des ebenfalls deregulierten Energiesektors erlitten haben (Der Standard, 30. September 2003).

*Die Abgrenzung zwischen Binnenmarkteffekten und allgemeiner Produktivitätssteigerung ist schwierig.*

In der Schadenversicherung stieg die Durchschnittsprämie zwischen 1994 und 2002 um 21 €. Dem steht allerdings eine Zunahme der Durchschnittsleistung je Risiko um 42 € gegenüber. Von dieser Leistungssteigerung wurden also nur 21 € in Form von Prämienerrhöhungen an die Versicherten weitergegeben, sodass in Summe eine Ersparnis von 21 € je Risiko bzw. bei 17 Mio. Risiken eine Ersparnis für die Versicherten im Ausmaß von 355 Mio. € vorliegt.

Diese Schätzgrößen für die Kfz- und Schadenversicherung sollten allerdings nur als eine grobe Annäherung an Binnenmarkteffekte interpretiert werden, weil in den Durchschnittswerten Verschiebungen in der Risikenstruktur enthalten sind und weil der vermehrte EDV-Einsatz und Organisationsreformen in der Versicherungswirtschaft nunmehr Produktivitätsgewinne zeigen sollten, die auch unabhängig von der Deregulierung des Versicherungsmarktes aufgetreten wären.

## **Anhaltende Aktienkursverluste beeinträchtigen Lebensversicherungs- geschäft**

*2002 büßten Aktien aus Europa und den USA etwa ein Drittel ihres Wertes ein.*

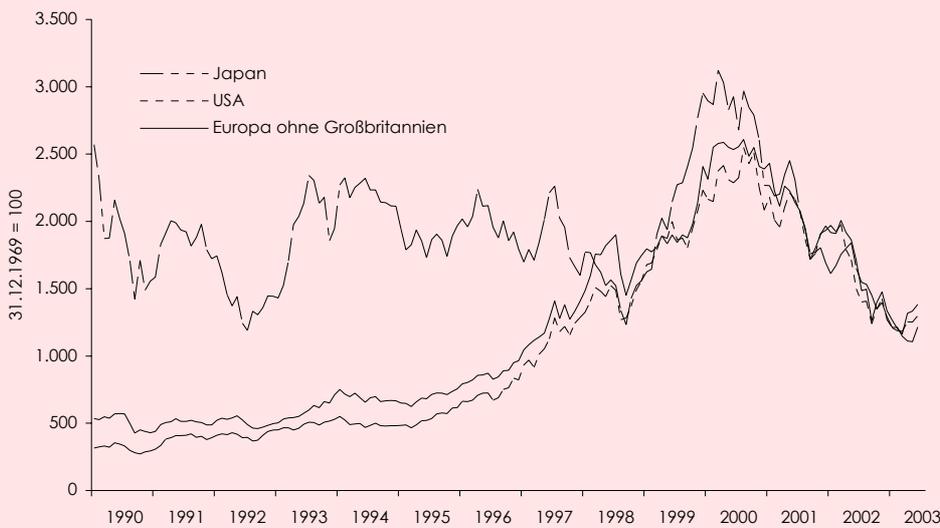
Im Inland war die Lebensversicherung in Österreich im letzten Jahrzehnt der Wachstumsträger der österreichischen Versicherungswirtschaft. Die steuerlich günstige Behandlung langfristiger Kapitalversicherungsprodukte und der positive Renditeabstand zur Sekundärmarktrendite bewirkten ein rasches Wachstum. Produktinnovationen wie die Einführung der fondsgebundenen Lebensversicherung, der Dread-Disease- und der Pflegerentenversicherung unterstützten diese Entwicklung. Die schwache Zunahme des nominellen verfügbaren Einkommens privater Haushalte, die Kürzung versprochener Renditen, der beschleunigte Kursrückgang an den internationalen Börsen und unter Umständen auch die Unsicherheit über die Leistungsfähigkeit britischer und deutscher Lebensversicherer schlugen sich 2002 in einem Rückgang der Prämieinnahmen nieder.

Abbildung 1 zeigt den in Euro umgerechneten Morgan Stanley Capital Market Index (MSCI) auf Bruttobasis zwischen Anfang 1990 und Jahresmitte 2003. Dieser Bruttoindex berücksichtigt neben der Kursentwicklung von Aktien auch die Dividendenzahlungen. Nach einer stürmischen Periode mit überdurchschnittlichen Kursgewinnen setzte Mitte 2000 auf allen wichtigen Börseplätzen gleichzeitig ein Wertverfall ein, der sich 2002 in Europa und den USA weiter beschleunigte. Insgesamt verloren Aktien in Kontinentaleuropa und den USA im Jahresverlauf 2002 etwa ein Drittel ihres Wertes. Erst im II. Quartal 2003 erreichte diese Entwicklung ihren unteren Wendepunkt. Versicherungsunternehmen konnten diesen Verlust in ihrer Ertragsrechnung nicht durch den Preisanstieg festverzinslicher Staatsanleihen wettmachen, weil sie in der Bilanzierung dem strengen Niederstwertprinzip unterliegen.

*Die Gesamtverzinsung war 2002 in der Lebensversicherung um etwa 1¼ Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr.*

Die Lebensversicherer hatten 2002 knapp 13% ihres Deckungsstockes in Aktien (einschließlich Beteiligungen) veranlagt, sodass der Verlust aus Aktienveranlagungen die Rendite versicherungstechnischer Anlagen gewichtet mit etwa –4,3% belastet haben sollte. Die genauen Ertragszahlen der Lebensversicherung sind zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht verfügbar. Eine Einschätzung der *Versicherungsrundschau* (2003) geht für das Jahr 2002 von einer Verminderung der Gesamtverzinsung in der Lebensversicherung gegenüber dem Vorjahr um 1¼ Prozentpunkte aus. Die demnach vergleichsweise hohe Rendite von insgesamt etwa 4,9% erscheint nur durch die substantielle Auflösung stiller Reserven bzw. einen weitgehenden Abbau des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in der Lebensversicherung möglich.

Abbildung 1: MSCI-Bruttoindizes für Aktienveranlagungen in den drei großen Wirtschaftsregionen



Q: MSCI. Der Bruttoindex berücksichtigt sowohl Preisveränderungen als auch Dividendenzahlungen.

Angesichts der niedrigen erwarteten Renditen festverzinslicher Wertpapiere senkt die Finanzmarktaufsicht Österreich mit 1. Jänner 2004 den gesetzlich zulässigen garantierten Höchstzinssatz für Lebensversicherungen auf 2,75%. Für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge gemäß §§ 108g bis 108i EstG 1988 darf der Höchstzinssatz nur 2% betragen (BGBl. II Nr. 312/2003). Der variable Teil der staatlichen Prämie für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge und die Pensionszusatzversicherung wird 2004 ebenfalls von derzeit 4% auf 3,5% gekürzt. Der staatliche Fördersatz für die private Altersvorsorge wird also einschließlich des festen Förderungsbestandteils von 5,5% 2004 insgesamt 9% betragen. Gleichzeitig wird der an die Höchstbemessungsgrundlage im ASVG gebundene höchstzulässige geförderte Betrag vermutlich auf 1.900 € jährlich steigen. Dadurch nimmt der höchstmögliche staatliche Zuschuss 2004 geringfügig auf 181 € zu.

Eine detaillierte Betrachtung der Prämienentwicklung zeigt, dass vor allem in der Kapital- und in der Rentenversicherung Einbußen zu verzeichnen waren, während die in Bezug auf ihr Volumen weniger bedeutenden Versicherungsarten mit zumeist laufender Prämienzahlung Umsatzsteigerungen verzeichneten. Der Verlauf in der Rentenversicherung verdeutlicht dieses Bild: Während die Zahl der Risiken um 23% zunahm, gingen die Prämieinnahmen um 16% zurück. Anstelle großer einmaliger Kapitalübertragungen wurde eine Vielzahl zusätzlicher kleiner Verträge mit laufenden Prämienzahlungen gezeichnet. Dadurch sank die durchschnittliche Prämie in der Rentenversicherung von 2.173 € im Jahr 2001 auf 1.489 €.

Die rückläufige Tendenz der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung betraf in erster Linie Einmalerläge (-374 Mio. €). Dies sind bei Vertragsabschluss für die gesamte Laufzeit im Voraus entrichtete Versicherungsprämien. Einmalerläge reagierten schon in der Vergangenheit besonders stark auf Änderungen der einkommens- oder versicherungssteuerlichen Behandlung von Lebensversicherungen. Diese massiven Schwankungen spiegeln sich mit mehrjähriger Verzögerung in den Aufwendungen für Versicherungsfälle.

Der Rückgang der Leistungen war 2002 ebenfalls auf einen solchen Echoeffekt zurückzuführen. Das Abreifen von Einmalerlägen mit einer Laufzeit von 5 Jahren bewirkte 2001 ein überdurchschnittlich kräftiges Wachstum der Leistungen. Gegenüber dem hohen Niveau des Vorjahres fallen die Aufwendungen zwar zurück, dennoch dürfte das Leistungsniveau nach wie vor von abreifenden Einmalerlägen mit einer Laufzeit von 6 Jahren geprägt sein.

Die Finanzmarktaufsicht senkt mit 1. Jänner 2004 den höchstmöglichen garantierten Zinssatz in der Lebensversicherung. Die staatliche Prämie für die private Pensionsvorsorge steigt 2004 trotz Verringerung des variablen Teils des Fördersatzes.

Der Rückgang der Lebensversicherungsprämien ist durch den Einbruch der Einmalerläge bedingt.

Echoeffekte der Steuerreform 1996 verdecken ein weiterhin hohes Leistungswachstum.

Die Lebensversicherungen leisteten 2002 den größten Beitrag zur Geldvermögensbildung.

Insgesamt bevorzugten private Haushalte 2002 risikoarme und liquide Veranlagungsformen zum Vermögensaufbau. Die von der Oesterreichischen Nationalbank publizierten Daten zur Geldvermögensbildung der privaten Haushalte zeigen eine Konzentration auf Bargeld bzw. Sicht- und Termineinlagen. Diese beiden Bankprodukte stellten mit 7 Mrd. € den Großteil des Geldvermögenszuwachses von insgesamt 12,6 Mrd. €. Versicherungssparprodukte waren mit 3,7 Mrd. € die größte Einzelkomponente. Ihr Anteil an der Geldvermögensbildung betrug damit 29,5%.

Ein Teil der privaten Haushalte war 2002 dennoch an der Übernahme von Kapitalertragsrisiken interessiert. Die fondsgebundenen Lebensversicherungen steigerten ihr Prämienvolumen insgesamt um 50 Mio. € oder 6,6% auf 847 Mio. €. Der Großteil der Lebensversicherungsprämien floss aber nach wie vor in konventionelle Lebensversicherungsprodukte.

### **Negative Rückwirkung der Leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung (LKF) auf die private Krankenversicherung**

Die private Krankenversicherung profitiert in Österreich von der ausgeprägten Krankenhauslastigkeit des Gesundheitssystems. Im internationalen Vergleich mit Deutschland, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, Großbritannien und den USA (Köck, 2003) weist Österreich überdurchschnittlich viele Akutbetten je 1.000 Einwohner (6,6 gegenüber 4,4) bzw. Einweisungen in Prozent der Bevölkerung auf (23,1 gegenüber 18). Die große Bedeutung von Spitalleistungen im Behandlungsangebot schafft eine vergleichsweise hohe Grundnachfrage nach Versicherungsleistungen im Spitalsbereich. Das 1997 eingeführte leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierungssystem (LKF) verstärkt diese Entwicklung, weil derzeit die Spitäler einen enormen Anreiz zur Steigerung der Spitalsbehandlungen haben. Je Behandlung werden Punkte an den jeweiligen Landesfonds verrechnet; sie bilden die Grundlage für die Verteilung der Mittel an die teilnehmenden Spitäler. Die Finanzierungsmittel der Landesfonds werden auf die Summe der eingereichten Punkte bezogen, sodass eine hohe Punktezahl zwar den Gegenwert eines Punktes senkt, aber die dem Spital zugeführten Mittel steigert.

Dafny (2003) zeigt, dass Spitäler in den USA auf eine Anhebung von diagnosespezifischen Preisen überwiegend durch eine Umbuchung der Patienten in höherpreisige Diagnosegruppen reagieren. Aufnahmepolitik oder Behandlung werden allerdings nicht verändert. In Österreich rief die Umstellung auf das LKF-System erhebliche Reaktionen der Spitäler hervor. Patienten wurden aus dem nicht durch Punkte abgegoltenen ambulanten Bereich in den durch Punkte abgedeckten stationären Bereich umgelenkt. Seit Bestehen des LKF-Systems sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten bei gleichzeitig steigender Häufigkeit von Einweisungen (Hofmarcher – Riedel, 2003).

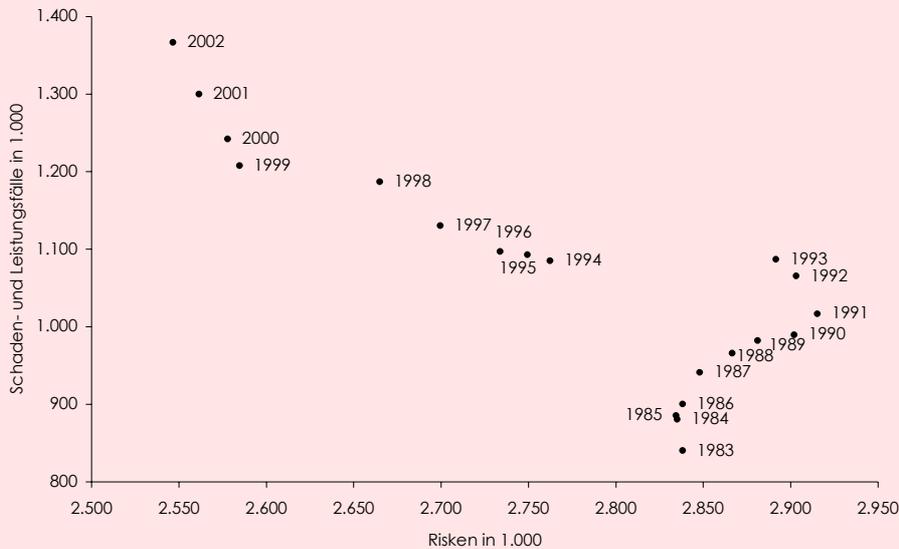
Während der Aufwand je Schadenfall sinkt, steigen die Zahlungen je versichertes Risiko.

Das Hauptgeschäftsfeld österreichischer Privatversicherer liegt in der Finanzierung spitalsbezogener Ausgaben. 2002 wurden knapp 75% der Leistungen für Krankenhauskostenersatz (Erstattung von Hotelkosten für Klassepatienten), weitere 10,6% für Spitalgeld und 4,3% für Arztleistungen verwendet. Die krankenhaushastige Medizin verhilft zu einem vergrößerten Geschäftsfeld, gleichzeitig trägt die Tendenz steigender Einweisungszahlen auch zur Erhöhung der Zahl der Schadenfälle je Risiko bei.

Die negative Rückwirkung der Umstellung des Finanzierungssystems auf die private Krankenversicherung zeigt sich auch in einem Vergleich der Leistungen je Schadenfall mit den Leistungen je Risiko: Die Zahl der Schadenfälle als Bezugsgröße misst, welche Kosten ein Behandlungsfall verursacht, während die Zahl der Risiken als Bezugsgröße angibt, wie sich die Ausgaben je Versicherten entwickeln. Zwischen 1998 und 2002 sank die Zahlung je Schadenfall um 4,7%, während die Zahlung je Risiko um 14,8% zunahm. Die Aufwandsentwicklung in der privaten Krankenversicherung wird also überwiegend durch die Ausweitung der Zahl von Spitalsbehandlungen je Versicherten bewirkt (Abbildung 2). Bereits seit Anfang der neunziger Jahre verringert sich die Zahl der versicherten Risiken bei gleich hoher Schadenhäufigkeit. Diese bedenkliche Entwicklung wurde mit der Einführung des LKF 1997 weiter verstärkt. Der seit 1997 negative Zusammenhang zwischen Schäden und Risiken ist mittel- bis langfristig die größte Herausforderung für die Versicherungsunternehmen.

Abbildung 2: Schaden- und Leistungsfälle versus Risiken in der privaten Krankenversicherung

1983 bis 2002



Q: Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs.

Diese Entwicklung macht zusätzliche Preissteigerungen notwendig, sofern eine höhere Frequenz von Behandlungen nicht ausreichend in der Prämienkalkulation berücksichtigt wurde. Andererseits erodieren hohe Prämien die Bereitschaft zum Abschluss einer privaten Krankenversicherung durch Junge und verursachen damit eine Überalterung des Versichertenbestands. Die privaten Krankenversicherer begegnen dieser Entwicklung durch eine Initiative zur Qualitätssicherung. Mit Hilfe von Patientbefragungen strebt der Verband der Versicherungsunternehmen eine Verschiebung der Kräfteverteilung im Gesundheitswesen an und übernimmt damit Kontrollleistungen im Gesundheitssystem. Es bleibt abzuwarten, ob Qualitätskontrollen ein ausreichender Anreiz zum Neuabschluss sein werden.

In der Krankenzusatzversicherung verzeichnen die Anbieter seit Jahren eine Abnahme des Geschäftsvolumens. Die Zahl der versicherten Risiken sank 2002 gegenüber dem Vorjahr um 15.000. Der Anstieg der Prämieinnahmen geht auf die in Übersicht 2 dargestellten Preiserhöhungen zurück. Damit setzte sich die Entwicklung des Jahres 2001 fort. Die kurzfristig wirksamen Kostensenkungen der Jahre 1996 und 1997 entfalten keine preisdämpfende Wirkung mehr.

Die Schadenversicherung war 2002 auch in Österreich durch die Flutkatastrophe vom August 2002 in Europa geprägt. Laut Swiss Re (2003) war dieses Ereignis 2002 weltweit die Katastrophe mit dem größten Gesamtschaden (12,3 Mrd. \$). Der versicherte Schaden betrug nur 2,5 Mrd. \$. Das geringe Ausmaß an Absicherung ergibt sich aus dem Wechselspiel aus wenig forciertem Verkauf von Hochwasserversicherungen, dem großen Ausmaß an Selbstversicherung bzw. den hohen Erwartungen an die Unterstützung durch die öffentliche Hand im Schadenfall. Die mäßige Versicherungsbereitschaft geht vor allem darauf zurück, dass die Bedrohung durch Hochwasser als gering eingeschätzt wird. Der mögliche Schaden aus Überschwemmungen wird jedoch unterschätzt. Nach einer Hochrechnung von Swiss Re (2003) erreichten die volkswirtschaftlichen Schäden aus Fluten in der Periode 1970 bis 2002 bereits das gleiche Niveau wie Erdbebenschäden. Vor allem erscheint eine Neuordnung von Risiken zur besseren Einschätzung der notwendigen Prämienhöhe angebracht. Überschwemmungsschäden treten oft in Verbindung mit Stürmen auf und werden damit als Sturmschäden klassifiziert.

*Sind Preissteigerungen und Qualitätssicherung die Antwort auf die Steigerung des Aufwands?*

*Die Prämieinnahmen wachsen trotz des Rückgangs der Versichertenzahl.*

**Flutkatastrophe bewirkte Leistungsanstieg in der Schaden-Unfallversicherung**

In Deutschland wird eine Zwangsversicherung für Elementarschäden diskutiert.

Die Auszahlungen an Geschädigte der Überschwemmungskatastrophe in Österreich erreichten 400 Mio. €.

Die niedrige Deckung von Überschwemmungsrisiken eröffnet für die Schadenversicherung ein neues Geschäftsfeld, sofern eine genaue Einschätzung des Risikos vorgenommen wird und eine ausreichende Streuung erzielt werden kann. In Deutschland wird zur Zeit eine Zwangsversicherung gegen Elementarschäden mit nach Risiko gestaffelten Prämien diskutiert. Die Zwangsversicherung löst das Problem der Risikostreuung, schafft aber eine Umverteilung zu Versicherten mit hohem Überschwemmungsrisiko und könnte auch die Ansiedelung in hochwassergefährdeten Lagen fördern (adverse selection).

Puwein et al. (2003) schätzen den Vermögensverlust und die Summe aus Verlusten durch die Behinderung der Produktion in Österreich auf insgesamt 2,48 Mrd. €. Die endgültigen Zahlen zur Schadenshöhe werden erst nach Abrechnung der Katastrophenfonds Anfang 2004 erwartet. In Österreich wurden insgesamt 400 Mio. € an Geschädigte der Flutkatastrophe ausgezahlt. Besonders die Sparten Sturmschaden, Haushalts-, Feuer- und verschiedene Betriebsunterbrechungsversicherungen waren mit Überschwemmungsschäden konfrontiert. Der Leistungszuwachs in der gesamten Abteilung Schaden-Unfall (Übersicht 3) verdeckt die Dynamik in der reinen Schadenversicherung. Mit einem Anstieg der Leistungen um 27% gegenüber 2001 wurde das Niveau des Katastrophenjahres 2000 überschritten (Url, 2001).

Die österreichischen Versicherungsunternehmen waren aber nicht nur über das Inlandsgeschäft von der Flut betroffen. Die in Mitteleuropa aktiven österreichischen Versicherer tätigten auch im Ausland erhebliche Auszahlungen, in einigen Unternehmen ein Vielfaches der Schäden in Österreich. Dementsprechend verursachte das Osteuropageschäft teils auf der Konzernebene Verluste.

Übersicht 3: Prämien und Leistungen in der Privatversicherung

	Lebensversicherung		Krankenversicherung		Schaden- und Unfallversicherung	
	Bruttoprämien	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Bruttoprämien	Aufwendungen für Versicherungsfälle <sup>1)</sup>	Bruttoprämien	Versicherungsleistungen
	Mio. €					
1998	4.107	2.826	1.115	922	6.338	4.280
1999	4.796	2.983	1.133	929	6.491	4.478
2000	5.388	3.201	1.164	963	6.702	5.390
2001	5.785	3.915	1.212	996	6.978	4.903
2002 <sup>2)</sup>	5.669	3.700	1.260	1.009	7.403	5.521
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1998	+ 10,6	- 1,1	- 0,1	+ 1,8	- 2,9	+ 0,7
1999	+ 16,8	+ 5,6	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,4	+ 4,6
2000	+ 12,4	+ 7,3	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 20,4
2001	+ 7,4	+ 22,3	+ 4,1	+ 3,4	+ 4,1	- 9,0
2002 <sup>2)</sup>	- 2,0	- 5,5	+ 3,9	+ 1,3	+ 6,1	+ 12,6

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – <sup>1)</sup> Einschließlich Prämienrückerstattung. – <sup>2)</sup> Prognose.

### Kapitalveranlagung verlagert sich weiter zu Wertpapieren

Die Zuwachsrate der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen entsprach 2002 etwa jener der letzten vier Jahre. Das ist angesichts der substantiellen Wertverluste an den Börsen erstaunlich. Die Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen verschob sich 2002 weiter leicht zugunsten von Wertpapieren. Insbesondere Darlehensforderungen wurden abgebaut. Sie bestehen zum Großteil gegenüber der Republik Österreich. Diese für Versicherungsunternehmen günstige Finanzierungsform wird von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur bereits seit Jahren wegen der vergleichsweise hohen Kosten und der Illiquidität nicht mehr nachgefragt. Der Rückgang 2002 ist also dem weiteren Abschmelzen des Forderungsbestands zuzurechnen.

Die Verluste in der versicherungstechnischen Rechnung der Schaden-Unfallversicherung und die Konkurrenz der Lebensversicherung mit anderen Finanzdienstleistungen erfordern immer stärker ein professionelles Veranlagungsmanagement. Diesem Umstand ist auch die dynamische Entwicklung der Anteilswerte zuzurechnen.

Diese Kategorie umfasst vor allem Anteile an Investmentfonds. Mit dem zunehmenden Erwerb von Investmentfondsanteilen konzentrieren sich Versicherer auf das versicherungstechnische Geschäft und nehmen in der Vermögensverwaltung verstärkt die Rolle institutioneller Investoren ein. Die aktive Rolle österreichischer Versicherungsunternehmen in Osteuropa spiegelt sich auch in der Entwicklung des Anteils von Beteiligungen: Seit 1991 hat sich der Anteil der Beteiligungen an den Kapitalanlagen vervierfacht.

#### Übersicht 4: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kredit- unternehmen	Insgesamt	Wertpapiere Festverzinslich	Anteilswerte	Darlehens- forderungen, Polizzen- darlehen	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige andere Kapital- anlagen	Kapital- anlagen insgesamt (ohne Depot- forderungen)
	Mio. €								
1998	521	21.642	13.020	8.622	12.765	3.340	3.619	54	41.941
1999	344	25.416	14.676	10.740	11.791	3.385	3.570	62	44.569
2000	372	28.047	15.510	12.537	11.034	3.423	4.041	76	46.993
2001	1.481	30.863	16.556	14.308	8.659	3.489	4.677	32	49.201
2002 <sup>1)</sup>	972	32.994	16.546	16.448	7.958	3.556	6.052	34	51.566
	Anteile in %								
1998	1,2	51,6	31,0	20,6	30,4	8,0	8,6	0,1	100,0
1999	0,8	57,0	32,9	24,1	26,5	7,6	8,0	0,1	100,0
2000	0,8	59,7	33,0	26,7	23,5	7,3	8,6	0,2	100,0
2001	3,0	62,7	33,6	29,1	17,6	7,1	9,5	0,1	100,0
2002 <sup>1)</sup>	1,9	64,0	32,1	31,9	15,4	6,9	11,7	0,1	100,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – <sup>1)</sup> Prognose.

Dafny, L. S., "Do Hospitals Respond to Price Changes?", National Bureau of Economic Research, Working Paper, 2003, (9972), <http://papers.nber.org/papers/w9972>.

Hofmarcher, M. M., Riedel, M., Impact of Case-Mix Hospital Payment Reforms on Health Systems – Case Study Austria, World Bank Europe and Central Asia Human Development Unit Research Report, World Bank, Washington D.C., 2003.

Köck, Ch., "Qualität nur durch Ergebniskontrolle", Privatpatient, 2003, (III).

Lebow, D. E., Rudd, J. B., "Measurement Error in the Consumer Price Index: Where do We Stand?", Journal of Economic Literature, 2003, 41, S. 159-201.

#### Literaturhinweise

#### Weak Nominal Income Growth Impacts on the Insurance Sector in 2002 – Summary

In 2002, private insurers saw their revenues from premiums grow in alignment with GDP at current prices. Due to price increases, property and liability insurance once again expanded its traditional dominance. For 2003, revenues from premiums are expected to rise slightly above the growth rate of GDP at current prices. The international insurance market was similarly shaped by a shift to non-life insurance. Emerging economies posted an above-average growth rate, as did the CEE countries, which gave a boost to Austrian insurers active in Central and Eastern Europe. By 2002 they managed to obtain almost a fifth of their total premium revenues from that region.

In 2002, insurance products contributed some 10 percent to consumer price inflation, mostly through the rise in motor third party insurance rates. European and US shares lost about a third of their price during 2002. Nevertheless, the industry estimates that, in 2002, the overall interest rate for life insurance was lower by just 1.25 percentage points than in 2001. The decrease in life insurance premiums by 2 percent was caused by a collapse in single premium schemes. On the benefits side, echo effects from the 1996 tax reform continued to disguise the high growth in payouts. In spite of its moderate growth, life insurance, at 29.5 percent, continued to be the chief individual component of monetary wealth formation in 2002.

Health insurance is suffering from a negative feedback from the case-mix payment system for hospital care. The change to case-mix payment boosted admissions and cut the average length of hospital stays. As a result, expenditure per claim falls whereas at the same time expenditure per insured risk rises. This growing gap forces insurers to raise their rates for health insurance coverage, and it has made it possible for them to enjoy a growth in premiums while the number of insureds stagnated.

The flood of August 2002 pushed up payments in casualty insurance. Preliminary loss figures are set at € 2.48 billion in Austria. The ultimate figures will not be available before the start of 2004, after the final settlement with the Austrian Disaster Fund. Insurers paid out some € 400 million to claimants. A rise in prices for motor third party insurance once again could not prevent negative underwriting results.

Puwein, W., Scheiblecker, M., Sinabell, F., Smeral, E., "Volkswirtschaftliche Stellungnahme zu den Schäden des Hochwassers vom August 2002", in Habersack, H., Moser, A. (Hrsg.), Ereignisdokumentation Hochwasser August 2002, Universität für Bodenkultur Wien, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2003, S. 117-122.

Swiss Re, "World Insurance in 2001: Turbulent Financial Markets and High Claims Burden Impact Premium Growth", Sigma, 2002, (6), <http://www.swissre.com/>.

Swiss Re, "Natur- und Man-made-Katastrophen im Jahr 2002: Belastung durch hohe Flutschäden", Sigma, 2003, (2), <http://www.swissre.com/>.

Url, Th., "Schadenversicherung dämpft 2000 Ertragslage der Versicherungswirtschaft", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(10), S. 613-621, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=20609](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20609).

Versicherungsrundschau, "Die Privilegien der Pensionskassen sind nicht zu rechtfertigen", 2003, (5), Beilage 1.